Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 8

Artikel: Aus der Geschichte der Kommunistischen Partei Rumäniens 3 : der Machtantritt

Autor: Popescu, Leonida

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076523

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Agrarhochschulen rekrutieren sich in erster Linie aus Städtern. Viele von ihnen sind schon während ihrer Studien bemüht, in eine andere Hochschule überzugehen. Die jährliche «Abbröckelung» der Studenten an Agrarhochschulen beträgt 10 bis 14 Prozent aller Studenten. Die Absolventen wollen in den Städten leben. Von den Absolventen der dem Landwirtschaftsministerium unterstellten Agrarhochschulen, welche für Arbeit in die Produktion abkommandiert wurden, haben 5,6 Prozent, d. h. 1000 Personen, die ihnen vorgeschriebenen Posten nicht übernommen. Bei den Absolventen der landwirtschaftlichen Mittelschulen betrug diese Zahl 7500, d. h. 15,4 Prozent.

Die sibirischen Anforderungen sind höher

Es ist also notwendig, dass in die Agrarhochschulen und Techniken in erster Linie diejenigen aufgenommen werden, welche mit einem Stipendium von den Kolchosen und Sowchosen abkommandiert wurden. So entstehen zwischen künftigen Arbeitnehmern und Arbeitgebern vertragliche Kontakte, und der junge Mann ist nach der Beendigung seiner Studien verpflichtet, in den Kolchos oder Sowchos zurückzukehren. Auch die unzufriedenstellende Entlöhnung hält die Spezialisten von der Produktion zurück. Die Entlöhnung der Spezialisten in den Sowchosen hängt vom Umfang der Produktion oder vom Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ab, ohne Rücksicht auf die Eigenart, den Charakter und den Umfang ihrer Arbeit und ohne die notwendige Differenzierung unter den verschiedenen Zonen des Landes. Die Agrarspezialisten in Sibirien, und in den übrigen entfernt liegenden Gebieten haben wesentlich mehr Ausgaben (warme Kleidung, Schuhe, andere Verpflegung) und müssen wesentlich mehr arbeiten. Im westsibirischen Wirtschaftsrayon gibt es 1,5mal weniger Agronomen und zweimal weniger Maschineningenieure, ferner 2,5mal weniger Oekonomen als im Landesdurchschnitt (gerechnet sind nur die Kolchosen). Im zentralen Wirtschaftsrayon gibt es hingegen überdurchschnittlich grosse Zahlen von Mechanikern und Agronomen. Ausserdem bekommen die landwirtschaftlichen Fachleute von der Betriebsleitung die notwendige Unterstützung nicht. Die Aufgaben und Pflichten der Agrarspezialisten sind nirgends genau vorgesehen, wodurch ihre Kräfte zersplittert werden.

Auch die Unterrichtsprogramme und -pläne der Agrarhochschulen sind nicht richtig zusammengestellt: nur 1,6 Prozent der Unterrichtszeit entfallen auf die Oekonomik der Landwirtschaft (bei der Ausbildung von Agronomen und Zootechniker) und 3,6 Prozent der Zeit fallen auf die Organisation der Produktion. Auf den Fakultäten für landwirtschaftliche Maschineningenieure und Elektroingenieure entfällt nur 1 Prozent der Unterrichtszeit auf die Oekonomik der Landwirtschaft und weniger als 3 Prozent auf die Fragen der Organisation der Produktion.

Zu kleine Klassen

Auch die Zahl der Studenten an den Agrarhochschulen ist nicht zufriedenstelltend. Sie betrug im Schuljahr 1965/1966 insgesamt 340 Personen pro Fakultät im Landesdurchschnitt. Beim Fachgebiet Zootechnik entfielen im Landesdurchschnitt 350 Studenten auf eine Hochschule, bei jenem von Oekonomik und Organisation der landwirtschaftlichen Produktion 210, bei Buchhaltung 150 usw. Alle Agrarhochschulen müssten mit den modernsten Einrichtungen versorgt werden. Die kleine Zahl der Hörer macht es jedoch unmöglich, dass Fakultäten mit 150—300 Studenten mit Laboreinrichtungen usw. modern versehen werden.

In den einzelnen Jahrgängen gibt es heute durchschnittlich 40 bis 70 Studenten. Die Folge ist, dass die Wissenschafter unter solchen Bedingungen nicht richtig ausgenützt werden können. Die Vorlesungen der Professoren sollen für 100 bis 200 Personen abgehalten werden und nicht für 20 bis 50. Die Ausgaben für die Ausbildung eines Studenten sind in den kleinen Fakultäten durchschnittlich um 24 Prozent höher als in den grossen Fakultäten. ■

Aus der Geschichte der Kommunistischen Partei Rumäniens ③

Der Machtantritt

Von Leonida Popescu

Im Februar 1945 traf der stellvertretende sowjetische Aussenminister, Andrej Wischinski, in Bukarest ein, und ihm gelang es, den König zu «überzeugen», Groza mit der Regierungsbildung zu beauftragen. (6. März 1945). Im neuen Kabinett waren die historischen demokratischen Parteien nicht mehr vertreten. Ausser den Kommunisten und Pflügerfröntlern Grozas (eine kommunistische Tarnorganisation) bekamen die abtrünnigen und ergebenen «Fellow-travellers» der Liberalen (G. Tatarescu) und der Nationalen Bauernpartei (Alexandrescu) Platz.

Die Vereinigten Staaten und England anerkannten die Groza-Regierung nicht. Sie forderten an der Konferenz in Potsdam freie und unbehinderte Wahlen in Rumänien. In dieser Situation sah König Mihai die Zeit gekommen, Grozas Rücktritt zu verlangen. Groza weigerte sich jedoch zurückzutreten, worauf der König (in der Geschichte gewiss einmalig) in Streik trat: er lehnte es ab, die Erlasse der Groza-Regierung zu unterschreiben. Groza regierte verfassungswidrig weiter.

Der heiklen Situation bereitete das Uebereinkommen der drei Grossmächte im Dezember 1945 in Moskau ein Ende. Die Sowjetunion stimmte bei, dass je ein Vertreter der Liberalen und der Nationalen Bauernpartei in die Groza-Regierung aufgenommen werde. Unter dem Vorbehalt, dass die Regierung die Religions-, Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit garantieren und so bald wie möglich freie Wahlen abhalten werde, wurde Grozas Kabinett von den Vereinigten Staaten und Grossbritannien anerkannt.

Das Dilemma des Ingenieurs

In dieser Periode wurde in der RKP — statt dem inneren Machtkampf — die volle Aufmerksamkeit dem Machtantritt der Partei gewidmet. Die erste Aufgabe war, Parteimitglieder zu werben. Die kaum 1000 erprobten Kommunisten genügten nicht einmal dazu, die zentralen, regionalen und lokalen Organisationen der Partei aufzubauen. Die Werbekampagne konnte in gewissen Schichten der Bevölkerung leicht vorangetrieben werden, da kein Hehl daraus gemacht wurde, dass auf die neuen Parteigänger wichtige Posten in der Verwaltung und Produktion warteten. (Wie die Plenarsitzung des ZK im Juli 1950 ersehen liess, wurden 1945/46 allein in der Staats- und Parteiführung 40 000 leitende Posten verliehen!).

Bezeichnend für diese Zeiten war das Dilemma eines Bukarester Ingenieurs: «Wenn ich bei den Sozialdemokraten eintrete, werde ich Direktor in einer Schuhfabrik; wenn ich Kommunist werde, werde ich zum Direktor einer Textilfabrik ernannt. Im Grunde genommen scheint mir vernünftiger, Sozialdemokrat zu werden, aber die Textilfabrik ist viel grösser, ausserdem hat sie eine ausgezeichnete Kantine, wo man sehr gut und billig essen kann. Was soll ich tun?» (Er wurde Kommunist!)

Generäle und hohe Offiziere der Armee, die den Folgen ihrer Untaten in Transnistrien während der rumänischen Besatzung entgehen wollten, suchten Zuflucht in der Partei. Mitglieder der höheren Bukarester Gesellschaft erinnerten sich plötzlich an kommunistische Freunde. Zahlreiche hohe Funktionäre der königlichen Diktatur Carols 1938/1940 konnten sich — wie schon erwähnt — auf kommunistische Kontakte berufen. Jeder wurde in die Partei aufgenommen, der von zwei Mitgliedern empfohlen wurde. Die neuen Parteigänger empfahlen sofort ihre Freunde, es gab keine technischen Schwierigkeiten. Professoren, Schriftsteller, Journalisten, die unlängst noch

Das letzte Bild von Anna Pauker. In Rumänien wurde die Moskowiter Gruppe noch zu Stalins Lebzeiten ausgeschaltet.

Der König inspiziert kommunistisch ausgebildete Truppen. Hinter ihm Groza, Susaikow, Rascanu.

einen vornehmen Plaz auf der Protokoll-Liste der deutschen Botschaft in Bukarest eingenommen hatten, wurden Parteimitglieder.

Eugen Cristescu, der Chef der geheimen Staatspolizei, trat noch vor dem 23. August in die Dienste von Emil Bodnaras. Er zog zahlreiche hohe Offiziere und Funktionäre der Siguranta und der Polizei nach sich in die RKP. Die Generäle Aldea und C. Niculescu, die im Staatsstreich vom 23. August eine äusserst wichtige Rolle gespielt hatten (sie überredeten den König zum Handeln und garantierten mit ihren Truppen das Gelingen), wurden Anfang 1945 verhaftet. Ihr Schicksal blieb unbekannt. Zur gleichen Zeit wurden jedoch vor kurzem noch den Deutschen ergebene Generäle von der Partei mit der Reorganisierung der rumänischen Armee beauftragt.

Die «Eiserne Garde» geht zur KP

Entscheidend war aber die Stellungnahme der «Eisernen Garde», die in breiten Schichten der Bevölkerung noch immer einen grossen Nimbus besass. Der eine Teil, die «fanatischen» Gardisten, lehnten jede Kollaboration mit den Kommunisten entrüstet ab und zog entschlossen in die Gefängnisse. Auf grossen Schauprozessen wurden sie beispielhaft bestraft (15, 20, 25 Jahre und lebenslänglich). Diejenigen, die die schweren Jahre überlebten, wurden von 1959 an bei verschiedenen Amnestien stufenweise entlassen. Die ihre gardistische Einstellung widerriefen, wurden auch schon früher freigelassen. So konnte zum Beispiel der gefürchtete Chefideologe der Gardisten, Nichifor Cranic, schon Ende der fünfziger Jahre unter seinem Namen in kommunistischen Zeitschriften schreiben.

Ein Führer der Gardisten, Nicolae Patrascu, schloss jedoch ein Abkommen mit der RKP, demzufolge ein sehr ansehnlicher Teil der Gardisten in geschlossenen Reihen in die kommunistische Partei eintrat. Es waren verschiedene örtliche Organisationen, die mit Mann und Maus in die RKP aufgenommen wurden. In jenen Zeiten wurde der Slogan der Garde «Die Garde geht vorwärts!» vielversprechend durch den Slogan «Die Garde geht vorwärts — durch die Kommunistische Partei!» ersetzt.

Nach dem Sturz Ana Paukers wurde sie am November-Plenum 1961 des ZK von Gheorghiu-Dej und Coliu beschuldigt, ohne Genehmigung der Parteiführung mit Teohari Georgescu zusammen das Abkommen mit der «Eisernen Garde» geschlossen zu haben. Ausserdem habe sie Parteimitglieder «von der Strasse» geworben.

Allerdings konnte die Partei ihre Werbungsaktion mit einem ausgezeichneten Ergebnis schliessen: bis Ende 1946 waren 700 000 Personen zu Mitgliedern geworden! So viele Mitglieder waren jedoch nur bis zur endgültigen Machtergreifung nötig. Nachdem sämtliche übrigen Parteien vernichtet worden waren und man den König in die Emigration geschickt hatte, begann 1948 eine grosse Ueberprüfung der Mitgliedschaft. 192 000 wurden ausgeschlossen, als parteifeindliche oder -fremde, oder korrupte Elemente. Bekennzeichnend war aber, dass von diesen 192 000 bei ihrer Ueberprüfung die Hälfte nicht erschien, entweder weil es nur formell angeheuerte Elemente waren, die schon vergessen hatten, dass sie einst ihre Aufnahme in die Partei beantragt hatten, oder weil sie mit Recht befürchteten, dass bei ihrer Ueberprüfung Sünden der Vergangenheit zum Vorschein kommen würden.

Das waren noch Wahlen!

Die von den westlichen Alliierten geforderten Wahlen fanden am 19. November 1946 statt. Noch vorher gelang es den Kommunisten, die Sozialdemokratische Partei zu spalten. Die überwältigende Mehrheit der SDP (unter Voitec und Radaceanu) beschloss, an den Wahlen im sogenannten Block der Demokratischen Parteien auf gemeinsamer Liste mit den Kommunisten teilzunehmen. Der Block erhielt 4 766 630 Stimmen. Dazu können aber auch die Stimmen des nur scheinbar unabhängigen Ungarischen Volksbundes (569 651) und einer Splittergruppe der Bauernpartei (156 775) gerechnet werden. Die Nationale Bauernpartei (Maniu) erwarb 879 927, die Nationalliberale Partei (Bratianu) 259 306 und die Unabhängige Sozialistische Partei (Titel Petrescu) 65 528 Stimmen. Der Block der Demokratischen Parteien bekam so im neuen Parlament (zusammen mit den Pseudo-Unabhängigen) 379 Sitze, die Opposition 35.

Die Wahlen wurden von beispiellosem Terror begleitet. Mit haarsträubenden Tricks wurden Wahlurnen mit entsprechend vorbereiteten anderen vor der Oeffnung vertauscht. Kommunistische Aktivistengruppen wurden auf Militärlastwagen von einem Wahlbezirk ins andere, von einer Gemeinde in die andere transportiert. Viele Kommunisten rühmten sich später, 10—12 mal «votiert» zu haben. Aus Protest gegen die gefälschten Wahlergebnisse und gegen den Terror, der besonders auf dem Lande alle Masse überschritt, hatten die Oppositionsparteien die Volksversammlung nicht anerkannt und nahmen an ihrer Sitzung nicht teil. Auch die Vereinigten Staaten und Grossbritannien verweigerten die Anerkennung dieser Wahlen.

Das alles konnte jedoch den Siegeszug der RKP nicht mehr verhindern. Als dann 1948 alle Gegenspieler vom Spielfeld geräumt waren, konnte die Abrechnung innerhalb der Parteiführung beginnen. Zuerst wurde Lucretiu Patrascanu ein Ende bereitet, der weder den Moskowitern noch Gheorghiu-Dej genehm war.

Moskowiter mit Stalins Einwilligung gesäubert

Die grosse Schlacht aber wurde zwischen den Moskowitern (Ana Pauker, Vasile Luca, Teohari Georgescu) und Gheorghiu-Dej geschlagen. Schon 1951 wurden Gerüchte laut, dass es in der Anwesenheit Grozas zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Dej und Luca gekommen sei, die mit einem spontanen Kugelwechsel endete. Aber nur Groza wurde verletzt.

Auf die grosse Mehrheit der Parteimitglieder gestützt (deren Zusammensetzung wir kennenlernten) gelang 1952 Gheorghiu-Dej das Unwahrscheinliche: er stellte noch zu Stalins Lebzeiten den moskowitischen Flügel der Partei kalt. Er konnte Stalin überzeugen, dass die weitere Entwicklung der RKP nur dann gesichert werden könne, wenn die vom rumänischen Volk äusserst gehassten (was übrigens der Wahrheit entsprach) Vasile Luca (ein Ungar) und Ana Pauker (eine Jüdin) entfernt würden, und gebürtige Rumänen an der Spitze der Partei zu stehen kämen.

Nach Ausbootung etlicher anderer Widersacher von geringerer Bedeutung, blieb Gheorghiu-Dej allein im Ring. Mit Ausnahme der ganz getreuen Gefolgsleute von Dej wurden die 1000 Kommunisten, die die Illegalität durchkämpft hatten, ausnahmslos kaltgestellt oder auf unbedeutende Posten abgeschoben. Es blieben die Uebrigen. Der nationale Kurs der rumänischen Kommunisten konnte beginnen. Mit dieser Politik konnte

Tito bittet zur Mittelmeerkonferenz

Y. Sowohl die Amerikaner als auch die Russen aus dem Mittelmeerraum zu verdrängen, das sei, so hat es geheissen, das Hauptziel der von Tito angeregten Mittelmeerkonferenz. In diesem Sinn erfolgten erste Kontakte mit sechzehn Parteien und Bewegungen Aegyptens, Algeriens, Griechenlands, Jugoslawiens, Italiens, Spaniens, Portugals, Frankreichs, Marokkos, Syriens und Zyperns, wobei natürlich auch nichtkommunistische Kreise angesprochen worden sind. Man konferierte bereits Ende 1967 in Bologna und Belgrad, dann Ende Januar dieses Jahres in Rom. Dabei handelte es sich weniger um eine blosse Gegenkonferenz zur missratenen Budapester Veranstaltung, sondern vielmehr darum, dass man die beiden Supermächte vom Mittelmeer fernhalten möchte, nachdem sie sich hier infolge der israelisch-arabischen Dauerkrise etabliert haben.

Die vierte US-Flotte kreuzt im Mittelmeer seit Kriegsende mit etwa 50 Einheiten, darunter dem Flaggschiff «America», das im Juni vorigen Jahres gerade an der Instanbuler Reede lag, als die sowjetischen Schiffe im Morgengrauen durch den Bosporus und durch die Dardanellen in Richtung Aegypten dampften. Findige Photoreporter hielten damals auch das Bild fest, wie amerikanische und russische Kriegsschiffe beim Eingang zum Goldenen Horn aneinander vorbeifahren. Vor und nach dem Fünftagekrieg haben nämlich die Sowjets im Mittelmeer 47 Einheiten nachgezogen und diese mit den sogenannten «Schwarzen Mützen» bemannt. Es sind dies Spezialtruppen, die man an der Moskauer Novemberparade letzten Jahres zum erstenmal in der Oeffentlichkeit gesehen hatte. Sie sind zu Wasser und zu Lande für den Mittelmeereinsatz bestimmt. Zu ihrer Ausrüstung gehören vor allem Amphibienfahrzeuge, was für ihre potentiellen Möglichkeiten des Eingreifens schon einiges aussagt.

Der einzige Gewinner des Nahostkonfliktes ist demnach, wie es oft ironisch heisst, die Sowjetunion. Kraft ihrer «Arabergewogenheit» vermochte sie zum ersten Male in der Geschichte die Benützung der Hafenanlagen von Port-Said, Latakia, Alexandrien, Mers El Kebir (Algerien) und vielleicht noch andere Häfen der Mittelmeerküste zu erreichen.

Auch das Aufheizen der Mazedonienfrage (die bulgarisch-jugoslawischen Beziehungen haben sich wegen der neuerlichen Vergiftung der balkanischen Streitfrage ernstlich verschlechtert) lässt darauf schliessen, dass der Kreml den 90 Jahre alten Traum des Zaren Alexander II. verwirklichen möchte: Zugang zum Mittelmeer auf dem Landweg. Die Konfrontationsgefahr USA—UdSSR veranlasst demnach die eingangs erwähnten Mächte zu ernsten Zukunftsüberlegungen.

Tito hat sich zur Aufgabe gemacht, diese Bestrebungen zu patronisieren. Insbesondere jetzt, nachdem die Budapester Konsultativkonferenz die Fruchtlosigkeit von internationalen Initiativen erwiesen hat, die auf rein kommunistischer Grundlage aufgebaut sind. Belgrad kann auch der breiteren westlichen Sympathie für eigene Anregungen auf heimatlichem Boden sicher sein und sich demzufolge mit mehr Berechtigung als Konferenzort anbieten, den Ost und West vielleicht nicht ohne Missbehagen aber doch ohne Prestigerisiko aufsuchen können. Eine Solidarität der Mittelmeerländer zur Verdrängung sowohl der Vereinigten Staaten als auch der Sowjetunion aus diesem Raum könnte als Fernziel des Konzeptes Titos gelten. ■

Polen und seine «Verleumder»

Während der Tausendjahrfeiern in Polen hatte das Regime Gomulkas die katholische Kirche wegen ihrer Versöhnungsbemühungen mit der Bundesrepublik zum Buhmann gestempelt. Ein Jahr später kamen dann die Zionisten an die Reihe, um für das Aufbegehren der polnischen Oeffentlichkeit gegen den verhärteten Warschauer Kurs den Sündenbock abzugeben. In einer wahrhaftigen Progromstimmung rückt nunmehr der Propagandaapparat des Systems gegen Israel zur Attacke an.

Vom neutralen Oesterreich aus versucht heute die Warschauer Agentur «Interpress» den vernichtenden Eindruck auszugleichen, den die Massendemonstrationen, der Einsatz von Sturmtruppen, Wasserwerfern und Tränengas, nicht zuletzt aber auch die Säuberung von Persönlichkeiten wie die Reformer Kolakowski, Schaff, Zulbiewski usw. überall im Ausland hervorgerufen hatte. Der westlichen Presse, die darüber berichtet, wird «Verleumdung des polnischen Volkes» vorgeworfen.

Nun gehört es wohl zum Handwerk von «Interpress», der westlichen Propaganda allerlei in die Schuhe zu schieben. Solange sich das im branchenüblichen Rahmen hält, mag es hingenommen werden. Dass aber irgendjemand im Westen «das polnische Volk verleumden» wolle, das nun ist eine Behauptung, die dem genauen Gegenteil der Tatsachen entspricht.

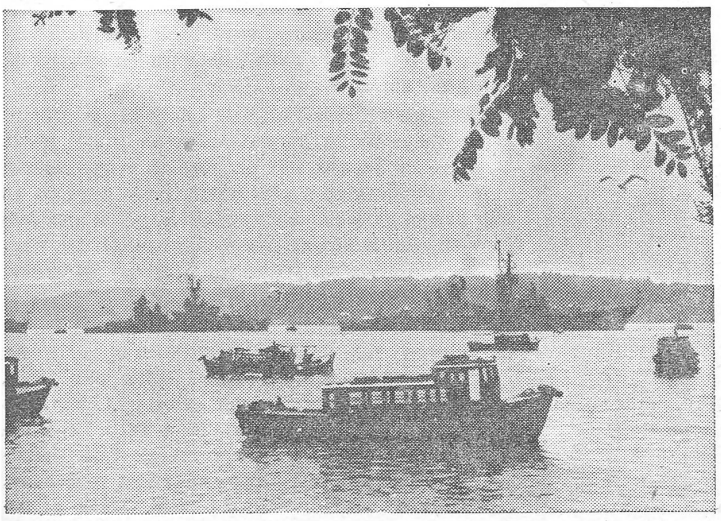
Wir haben die polnische Jugend beim Widerstand gegen die Hitlersche und sowjetische Besatzung zu Kriegsbeginn kennengelernt und später in den alliierten Reihen der Anders-Armee, bei der Niederschlagung des achsenfreundlichen Aufstandes von Raschid Ali im Irak. Von El Alamein haben wir gehört. Wir sahen die polnischen Einheiten nach ihrem Einsatz auf Pantelleria, Sizilien, Ostia, Ravenna und Monte Cassino. Wir haben aber auch 1956/57 die Warschauer Mittelschüler und Studenten gesehen, als sie freiwillig Blut spendeten und Gaben sammelten für ihre «Brüder», die ungarischen Aufständischen von Imre Nagy. Wir kannten polnische Familien und Persönlichkeiten, die Ungaren Asyl boten, um sie vor der ersten Unterdrückungswelle der postrevolutionären Justiz Kadars zu retten. Rührung, innigste Anteilnahme, Bewunderung und Hochachtung erfüllt uns, sooft wir vom polnischen Volk hören. Ekel empfinden wir dagegen, wenn wir lesen, wie die polnische KP-Presse das polnische Volk verleumdet. Denn was sie über die Bestrebungen ihrer heimatlichen Jugend schreibt, *das* ist eine Verleumdung. *y*

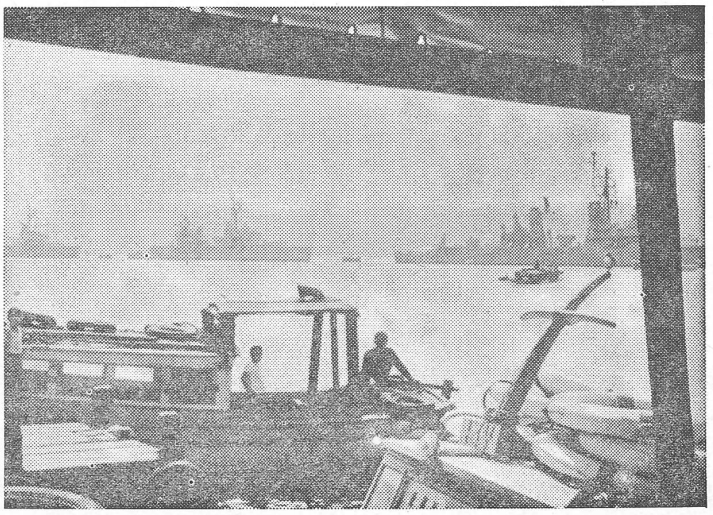
Rumänien

(Fortsetzung von Seite 4)

Dej die sowohl antirussischen als auch antikommunistischen Rumänen beschwichtigen. Die RKP ist heute einheitlicher und populärer als jede andere Kommunistische Partei im Ostblock. Fraglich ist, inwiefern sie wahrhaftig kommunistisch geblieben ist. Nicolae Ceausescu, der auf dem von Dej gebahnten Weg entschlossen weitergeht, wird gewiss diese Frage bald beantworten.

— Ende —





Einheiten der vierten US-Flotte im Bosporus.